

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Selbstbestimmung erkämpfen & verteidigen

Gegen den christlich- fundamentalistischen „Marsch für das Leben“



Becker1999 from Grove City, OH ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:CBus_responds_to_supreme_court_abortion_ruling_062422_\(27\)_52177455182.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:CBus_responds_to_supreme_court_abortion_ruling_062422_(27)_52177455182.jpg)), „CBus responds to Supreme Court Abortion Ruling 062422 (27) (52177455182)“, <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode>

Im September findet in Deutschland wieder der sogenannte „Marsch für das Leben“ statt. Der Marsch ist ein Sammelbecken für Esoteriker:innen, Faschist:innen und Fundamentalist:innen. Gemeinsam setzen sie sich gegen körperliche Selbstbestimmung ein. Was macht diesen Marsch so gefährlich? Und wie können wir dagegen kämpfen? - Ein Kommentar von Julia Wolff.

In diesem Jahr findet am 21. September sowohl in Köln als auch in Berlin der sogenannte „Marsch für das Leben“ statt. Der Marsch für das Leben wird vom kirchennahen Bundesverband für Lebensrecht veranstaltet und unter anderem von der rechten Zeitung Junge Freiheit beworben. 2002 fand der erste Marsch für das Leben statt, bis 2006 unter dem Namen „1000 Kreuze für das Leben“. Seit 2008 wird der Marsch jährlich veranstaltet und seitdem auch von Gegenprotesten begleitet. Zudem gibt es ihn in verschiedenen Ländern. Er wird durch verschiedene Gruppen organisiert und unterstützt, häufig auch religiöse Gruppen. Diese

christliche und konservative Repräsentation zeigt sich auch in den verschiedenen Veranstaltungen rund um den Marsch für das Leben: Gottesdienste, Kundgebungen und Vorträge. In Deutschland fand letztes Jahr erstmalig der Marsch für das Leben parallel in Köln und Berlin statt.

Die Teilnehmer:innen demonstrieren gegen Schwangerschaftsabbrüche, gegen Praktiken der Stammzellenforschung und gegen das Recht auf Sterbehilfe. Im Fokus steht ein besonders rückschrittliches Frauenbild, welches Frauen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben abschreibt und sie in ihre „natürliche“ Rolle als Hausfrau,

Mutter und Gebärmaschine drängen will.

Aber auch die körperliche Selbstbestimmung von trans Personen wird bei diesen Protesten immer wieder angegriffen. So richteten sich in den letzten Jahren häufig auch Forderungen gegen das TSG (Transsexuellengesetz) und viele Teilnehmer:innen fallen durch Transfeindlichkeit auf. Das Ganze wird religiös begründet und sich auf „christliche Werte“ bezogen. Auch wenn die Veranstalter:innen eine Überparteilichkeit betonen, bieten sie der AfD und anderen faschistischen Kräften mit dem Marsch regelmäßig eine Plattform.

Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

Rassistische Ausschreitungen in England

In England wüteten über eine Woche lang Rassist:innen und Faschist:innen auf den Straßen gegen Migrant:innen. Auch in anderen europäischen Ländern wie Deutschland scheinen solche Szenarien immer wahrscheinlicher zu werden. > Seite 3

Hoffnungsvolle internationale Proteste

Während es weltweit zu Krisen, Kriegen und politischen Angriffen kommt, gibt es ebenso Proteste dagegen. Gerade in Afrika und Asien erheben sich junge Leute, die uns zeigen: Der Kampf gegen die Unterdrückung lohnt sich und ist gerechtfertigt. > Seite 6

Vom letzten zum nächsten Weltkrieg

Am 1. September 1939, vor 85 Jahren, begann der Zweite Weltkrieg mit einem Angriff vom faschistischen Deutschland auf Polen. Warum es im Kapitalismus immer wieder zu Kriegen kommt und warum auch wir uns heute auf einen neuen Weltkrieg zubewegen. > Seite 7

Neuer Wehrdienst – was bedeutet das?

Im Zuge der Rückkehr zur imperialistischen Kriegspolitik will das Verteidigungsministerium einen „Neuen Wehrdienst“ einführen. Was ist geplant, wie sieht die Rechtslage bisher aus – und welche Antworten gibt es auf diese Pläne? > Seite 8

Enttäuschung, Sorge und Wut: Stellenabbau in der Industrie

Enttäuschung, Sorge, Trauer und Wut – das sind Gefühle, die viele von uns auch von der Arbeit kennen. Ein besonderer Einschnitt, den viele Arbeiter:innen erfahren, ist die Kündigung. Umstrukturierungen und Krise in der Industrie lassen Kolleg:innen um ihre Arbeitsplätze fürchten. Was sind die Hintergründe, wo brennt es und wie wehren wir uns dagegen? > Seite 4

ZF ist einer der größten Zulieferer-Betriebe für die Autoindustrie. Hier sollen rund 12.000 der 50.000 Arbeitsplätze in Deutschland abgebaut werden, 10.000 davon bis 2028.

In einer Reportage aus dem ZF Werk in Nürnberg kommen die Kolleg:innen mit ihren aktuellen Sorgen und Nöten zu Wort. > Seite 5



Wer läuft mit?

Schaut man sich die Teilnehmer:innen des Marsches für das Leben an, wird schnell deutlich, welches politische Publikum hiervon angezogen wird. Es ist kein Geheimnis, dass der Marsch für das Leben für Rechtskonservative und Faschist:innen offen ist. Es nehmen AfD-Politiker:innen teil, oder Leute aus dem Umfeld, Burschenschaften und bekannte Neonazis. Dazwischen finden sich immer wieder erzkonservative Fundamentalist:innen.

So lief auf dem letzten Marsch für das Leben in München 2024 der erzkonservative Bischof von Regensburg Rudolf Voderholzer neben einem Faschisten, der die White-Power-Geste in die Kamera zeigte. Mitglieder der AfD sind auch immer wieder auf dem Marsch zu finden. So lief Beatrix von Storch letztes Jahr 2023 in Berlin mit. Die Kölner AfD-Spitze war mit deren Vorsitzendem Christer Cremer und der ehemalige AfD-Landtagsabgeordnete Iris Dworeck-Danielowski vor Ort. Und auch die Nazis von der Revolte Rheinland, der Burschenschaft Germania oder Raczeks aus Bonn. Immer wieder laufen auch Teilnehmer:innen mit, die Abtreibungen mit dem Holocaust gleichsetzen.

Die Veranstalter:innen grenzen sich bewusst nicht von faschistischen Kräften ab! Alexandra Linder, Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht (BVL) sagt zu den Vorwürfen (2018): „Wenn Personen aus Kirchen oder Parteien, welcher Couleur auch immer, am Marsch für das Leben teilnehmen, ist das ihr demokratisches Recht, das wir ihnen nicht nehmen dürfen.“

Es wird also deutlich: Beim Marsch für das Leben tummeln sich Faschist:innen und Fundamentalist:innen und gestalten ihn maßgeblich mit.

Warum müssen wir dagegen kämpfen?

Der Marsch richtet sich ganz konkret gegen das Recht auf körperliche Selbstbestimmung von Frauen und

auch trans Personen. Er verbreitet ein rückschrittliches Frauenbild, welches durch Faschismus und christlichen Fundamentalismus geprägt ist. Ein Bild, in dem wir als Frauen unsere „natürliche Rolle“ als Mutter, Hausfrau und Gebärmachine mimen sollen. In dem wir nicht über unser Leben, oder unsere Körper entscheiden können. Gleichzeitig steht der Gegenprotest dieses Jahr ganz besonders im Zeichen des antifaschistischen Kampfes.

Das aktuelle Erstarren des Faschismus kriegen wir an allen Ecken und Enden aktuell deutlich zu spüren. Die AfD plante Anfang des Jahres gemeinsam mit CDUlern und anderen Faschist:innen die Remigration von unseren migrantischen Klassegeschwistern. Die mediale Hetze insbesondere gegen palästinensische Migrant:innen steigt massiv. Bei den vergangenen Europawahlen wurde die CDU und AfD vielerorts Wahlsieger. Und bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg wird die AfD vermutlich ebenfalls stärkste Kraft.

Gleichzeitig zieht die Ampelregierung mit: Mit der GEAS-Reform wird das Asylrecht ein weiteres Mal extrem eingeschränkt und mit dem Rückführungsverbesserungsgesetz das Abschieben von migrantischen Aktivist:innen noch leichter gemacht. Wir können also sehen: Die AfD macht die Hetze, aber bürgerliche Parteien wie Grüne, CDU und FDP die Gesetze aktuell passend zum Rechtsruck.

Dieser Rechtsruck zeigt sich auch in den Angriffen auf kämpfende Frauen, wie etwa am Frauenkampftag 2024 in Bonn, bei dem ein anonymer Anrufer drohte, den Demozug anzugreifen. Gleichzeitig zeigen uns aktuelle Angriffe auf den CSD in Bautzen und auch in Leipzig, bei denen Faschist:innen massenhaft zum Gegenprotest mobilisiert haben, dass LGBTI+ Personen und insbesondere trans Personen ganz besonders im Fokus von faschistischer Hetze stehen.

Körperliche Selbstbestimmung im Kapitalismus?

Der Marsch für das Leben bedroht also das Recht auf körperliche Selbstbestimmung für Frauen und auch für trans Personen. Aber geht diese Bedrohung nur von Fundamentalist:innen und Faschist:innen aus? Um es ganz platt zu sagen: Nein.

Wir leben im Kapitalismus und Patriarchat. Ein System, welches uns in Klassen einteilt und welches auf der Ausbeutung und Unterdrückung von werktätigen Frauen beruht. In diesem System wird die Ausbeutung von uns Frauen durch verschiedene Mittel aufrecht erhalten. Die können von dem Einschränken der körperlichen Selbstbestimmung reichen bis hin zu Gewalt an Frauen und ihrer schlimmsten Form, den Femiziden.

Denn auch, wenn in Deutschland Abtreibung bis zur 12. Woche straffrei ist unter bestimmten Umständen, ist sie nichtsdestotrotz illegal. Gesetzlich wird das durch den §218 geregelt, der schon im deutschen Kaiserreich entstanden ist, unter dem Hitlerfaschismus verschärft und dann von der BRD übernommen wurde.

Seit der Einführung des Paragrafen vor über 150 Jahren wird von ihm als „Klassenparagraf“ gesprochen. Denn in erster Linie beschränkt er die körperliche Selbstbestimmung von Frauen der Arbeiter:innenklasse. Kapitalistinnen hatten nämlich immer die Mittel, sich darüber hinweg zu setzen. Auslandsbesuche, wie beispielsweise in die Niederlande, um zu einem späteren Zeitpunkt einen Abbruch durchführen zu lassen, ist für viele Arbeiterinnen aber nicht möglich. Gleichzeitig wird die Entscheidung, ein Kind zu bekommen oder nicht, häufig auch davon abhängig gemacht welche finanziellen Mittel man hat.

Zudem können wir überall sehen, wie erkämpfte Rechte zurückgedrängt werden. Nicht nur in Deutschland, sondern in weiteren Nationen werden immer weitere Einschränkungen im Sinne der Selbstbestimmung vorgenommen. In den USA wurde in

mehreren Bundesstaaten das Recht auf Abtreibung verboten, auch im Falle von Vergewaltigung und Inzest. Zudem wurden transfeindliche Gesetze verabschiedet, die Hormontherapien ausschließlich für trans Personen verbieten.

Dies ist eine Entwicklung des Rechtsruck weltweit. Aber es zeigt uns eben auch, dass kein erkämpftes Recht in diesem System fortwährt. Es kann uns immer wieder genommen werden. Deswegen müssen wir es verteidigen!

Wie können wir dagegen kämpfen?

Ganz konkret können wir dagegen kämpfen, wenn wir uns dieses Jahr in Berlin und Köln am 21. September dem Marsch für das Leben entgegenstellen, um ihn zu verhindern. Wir können dagegen kämpfen, wenn wir am 28. September – dem Tag für sichere Abtreibung – auf die Straße gehen für sichere, legale und kostenfreie Schwangerschaftsabbrüche. Für das Recht auf körperliche Selbstbestimmung und gegen patriarchale Unterdrückung.

Aber wenn es eben das System ist, in dem wir leben, welches unsere körperliche Selbstbestimmung beschränkt und uns unterdrückt, dann müssen wir eben auch dort ansetzen und dafür kämpfen dieses System zu überwinden. Das heißt für uns, für ein System zu kämpfen, in dem wir nicht mehr als Frauen unterdrückt werden und unserem Selbstbestimmungsrecht beraubt werden. Für ein System zu kämpfen, in dem die Entscheidung Kinder zu bekommen nicht davon abhängt wie viel man verdient, oder ob man überhaupt Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen hat.

Das bedeutet sich gemeinsam mit allen Klassengeschwistern zu organisieren, um dem Rechtsruck etwas entgegenzusetzen zu können. Das bedeutet, als Frauen gezielt den Kampf gegen das Patriarchat zu führen, um es zu zerschlagen. Das bedeutet als Klasse vereint kämpfen gegen Faschismus, Fundamentalismus, Kapitalismus und Patriarchat.



Riots in England - die Spitze des rassistischen Eisbergs



In England wüteten über eine Woche lang Rassist:innen und Faschist:innen auf den Straßen gegen Migrant:innen. Auch in anderen europäischen Ländern wie Deutschland scheinen solche Szenarien immer wahrscheinlicher zu werden. - Ein Kommentar von Mohannad Lamees.

Vor elf Jahren setzte das britische Innenministerium, geführt von der späteren Premierministerin Theresa May, eine ganz besondere Kampagne um: Mehrere Transporter fuhren von Juni bis August 2013 dauerhaft riesige Werbetafeln durch sechs Londoner Stadtbezirke mit größeren migrantischen Bevölkerungsanteilen. Auf den riesigen Tafeln war groß zu lesen: „Illegal im Vereinigten Königreich? Geh nach Hause oder rechne mit einer Verhaftung!“ Illustriert war die kurze Botschaft mit einem Paar glänzender Handschellen.

Nun, im Sommer 2024, tobten über eine Woche lang in zahlreichen englischen und nordirischen Kleinstädten rassistische Mobs – sie verprügelten Migrant:innen, zündeten Unterkünfte an, in denen Geflüchtete untergebracht waren, warfen Fensterscheiben migrantischer Familien ein, schändeten muslimische Gebetshäuser und Friedhöfe. Viele fragen sich jetzt: Wie konnte das passieren? Und passiert es bald wieder?

Mehr als nur Fehlinformation

Natürlich gehen gerade ganze Geschwader von Politiker:innen und Journalist:innen auf Ursachenforschung. Allgemein bekannt wurde recht schnell, dass der unmittelbare Auslöser für die rassistischen „riots“ (deutsch: Aufstände) eine Falschinformation über einen Amoklauf in einer Tanzschule gewesen war. In sozialen Netzwerken verbreitete sich nach der schrecklichen Messerattacke in Southport an der britischen Westküste, bei der drei Mädchen getötet und mehrere weitere Mädchen und zwei Erwachsene verletzt wurden, die Nachricht, dass ein muslimischer Geflüchteter für die Tat verantwortlich sei.

Weil bekannte Faschist:innen diese Falschmeldung aufgriffen und wei-

terverbreiteten und so im ganzen Land die Pogromstimmung gegen Migrant:innen entfachten, stehen in den Auswertungen der „riots“ nun vor allem der gezielte Einsatz der Faschist:innen mit Falschinformationen und der Rassismus der sogenannten „far right“ (zu deutsch etwa „extreme Rechte“) im Mittelpunkt. Als Lösung wird im Zuge dessen oft gefordert, ein höheres Bewusstsein für den Umgang mit sozialen Medien zu fördern und, zum Beispiel in der Schule, zu vermitteln, wie falsche von wahren Meldungen unterschieden werden können. Doch die rassistischen Aufstände sind bei Weitem nicht nur auf fehlende Medienkompetenz zurückzuführen.

Jahrzehntelanger Rassismus

Tatsächlich wetteifern im Vereinigten Königreich, so wie in vielen anderen europäischen Ländern auch, die bürgerlichen Kräfte seit längerem darum, wer die menschenverachtendste Migrationspolitik entwerfen und umsetzen kann. Die „Go Home“-Kampagne des Innenministeriums im Sommer 2013 war beispielsweise Teil eines umfassenderen Programms, mit dem die konservative Regierung im Vereinigten Königreich damals ein „hostile environment“, zu deutsch eine feindselige Umgebung für Migrant:innen schaffen wollte – um ihnen den Aufenthalt in Großbritannien so unangenehm und unwünschenswert wie möglich zu machen.

Ibrahim Avcil, der Koordinator des Vereins Göçmen İşçiler Kültür Derneği (GIK-DER) in London, beobachtet jeden Tag die unmittelbaren Folgen dieser Feindseligkeit auf migrantische Menschen. Jahrzehntlang haben Regierungen und politische Kräfte Migrant:innen und Geflüchtete für Armut, Existenznöte und immer schlechter werdende Lebensbe-

dingungen verantwortlich gemacht. „Die Angriffe, die wir jetzt gesehen haben, wurden durch die feindselige Rhetorik und gesetzlichen Änderungen der letzten konservativen Regierung provoziert“, ist sich Avcil sicher.

Vor allem der sogenannte Ruanda-Plan, mit dem die konservative Regierung unter dem mittlerweile abgewählten Rishi Sunak und Innenministerin Suella Braverman dafür sorgen wollten, dass ohne Erlaubnis einreisende Migrant:innen für ihre Asylverfahren ungeachtet ihrer Herkunft allesamt nach Ruanda deportiert werden, verkörperte einen Höhepunkt dieser Feindseligkeiten. Und auch wenn der neue, etwas linkere Premierminister Keir Starmer den Ruanda-Plan aufgeben hat, so hat seine Regierung trotzdem bereits verkündet, die Grenzen des Landes besser gegen illegale Migrant:innen schützen zu wollen. Wenn Faschist:innen und Rassist:innen heute also das Selbstbewusstsein haben, zu Zehntausenden auf die Straßen zu strömen und zu fordern, dass die Boote (gemeint sind die Boote, mit denen Migrant:innen ins Land kommen) gestoppt werden, dann tun sie das in der Gewissheit, dass die politischen Führungen im Land ihre Forderungen teilen.

Genau das ist in Deutschland nicht anders als im Vereinigten Königreich. Auch hier überbieten sich die bürgerlichen Parteien und die faschistische AfD darin, mit ihren verschiedenen Plänen die Migration neuzuregeln. Die CSU kopierte sogar die Idee, Migrant:innen nach Ruanda zu deportieren und brachte diesen Vorschlag im März im Bundestag ein.

Gleiche Gemengelage in Deutschland

Dass die rassistischen Riots nach einer Woche trotzdem vorerst vorbei waren, lag nicht zuletzt an sich

formierenden breiten antifaschistischen Protesten. Eine breite Koalition aus Gewerkschaftler:innen, Antirassist:innen und Migrant:innen eroberte die Straßen zurück. Tatsächlich spielen Organisationen wie GIK-DER, in der sich türkische und kurdische Arbeiter:innen zusammen engagieren, eine wichtige Rolle im antifaschistischen Kampf. Koordinator Avcil ist sich sicher: „Der einzige Weg, um gegen den Faschismus anzukommen, ist die organisierte Einheit und der organisierte Kampf von Migrant:innen und Nicht-Migrant:innen“.

Sogar der britische Polizeichef Mark Rowley lobte: Zusammen mit den gezielten Aktionen der Polizei hätten die „Communities“ ein starkes Zeichen der Einheit gegen Hass und Hetze gesendet. Auch wenn der britische Polizeichef die Einheit beschwört, so ist sein Lob auf den antifaschistischen Widerstand doch nichts anderes als der Versuch, den antifaschistischen Kampf auf eine Ablehnung der „far right“ und Gruppen wie der English Defence League zu begrenzen.

Auch das wird in Deutschland nicht anders gemacht – nach der Bekanntwerdung der Remigrationspläne der AfD und den sich formierenden Protesten dagegen Anfang des Jahres positionierten sich bürgerliche Politiker:innen ganz bewusst gegen die AfD – obwohl sie schon längst Gesetze zur Asylpolitik verabschiedet hatten, die den Forderungen der AfD in nichts nachstehen. Jahrelange rassistische Regierungspolitik und aufgeladene Rhetorik, an die die Faschist:innen nur die Zündschnur halten müssen – die Ausgangslage, die in England zu den „riots“ führte, ist auch in Deutschland längst gegeben.

Massenentlassungen und St

Umstrukturierungen und Krise in der Industrie lassen Kolleg:innen um ihre Arbeitsplätze fürchten. Was sind die Hintergründe, wo brennt es und wie wehren wir uns dagegen? - Ein Kommentar von Mario Zimmermann.

Enttäuschung, Sorge, Trauer und Wut – das sind Gefühle, die viele von uns auch von der Arbeit kennen.

Ein besonderer Einschnitt, den viele Arbeiter:innen erfahren, ist die Kündigung. Sei es wegen eines Streits mit einer Führungskraft, Krankentagen, oder Umstrukturierungen des Betriebs bis hin zu einer Betriebsschließung. Sie stellen uns vor Fragen wie: Wie verdiene ich jetzt meinen Lebensunterhalt? Und den meiner Familie? Wo finde ich wieder einen Job? Wie sicher ist dann der?

So eine Verunsicherung verspüren gerade viele Arbeiter:innen in unterschiedlichen Branchen. Denn trotz eines Anstiegs der Zahl der Beschäftigten in Deutschland, steigt auch die Arbeitslosenquote auf aktuell 6,0 % im Bundesdurchschnitt. Doch damit ist natürlich nicht genug: Jeden Tag findet man Nachrichtenmeldungen über Betriebe und Belegschaften, deren letzte Stunde geschlagen hat.

Betriebe sollen kaputt gespart und Massenentlassungen durchgeführt werden – alles „sozialverträglich“, versteht sich. Dabei könnten Schätzungen zufolge bis zu 270.000 Stellen allein in Zulieferer-Betrieben für die Autoindustrie bis 2030 wegfallen. In der Chemieindustrie planen ebenfalls Chemiemonopole wie BASF, Evonik und Covestro Sparprogramme auf Kosten der Arbeiter:innen.

Neben der Industrie werden auch in Betrieben anderer Branchen Stellen abgebaut: Beim Software-Hersteller SAP betrifft es über 9000 Kolleg:innen, davon mindestens 2600 in Deutschland. Soziale Einrichtungen fallen dem Sparhammer zum Opfer, auch wenn es der Staat ist, der den Kommunen keine ausreichenden Gelder zu Finanzierung von Familienzentren und Jugendklubs zur Verfügung stellt.

Überproduktion und Ukraine-Krieg

Der Stellenabbau und die aktuelle Krisenstimmung in der Industrie haben mehrere Gründe. Dazu gehört die Überproduktion. Überproduktion entsteht gesetzmäßig im Kapitalismus. Auch wenn ungefähr berechnet werden kann, wie viel von einer bestimmten Ware verkauft werden kann, produzieren konkurrierende Unternehmen immer darüber hinaus, in der Hoffnung ihren Absatz zu vergrößern, einen höheren Marktanteil zu bekommen und Konkurrent:innen zu verdrängen. Am Ende wird mehr Ware produziert als es zahlende Kundschaft gibt, worauf die Produktion heruntergefahren wird und Arbeiter:innen entlassen werden.

In der letzten Wirtschaftskrise 2019/2020 und der anschließenden Coronapandemie ist die Industrieproduktion wegen Überproduktion und der Unterbrechung der Lieferketten deutlich eingebrochen. Die wirtschaftliche Erholung seitdem ist zäh und der letzte Höhepunkt von 2017 wurde noch nicht erreicht.

Ein weiterer Faktor sind die gestiegenen Energiepreise durch den Ukraine-Krieg. Nach einer Drosselung der Lieferung von russischer Seite, Streitigkeiten über die Zahlung für das Gas, wurden im September 2022 sogar die Pipelines Nordstream 1 und 2 mit Einmischung des ukrainischen Staates gesprengt. In der Folge explodierten die Gas- und Strompreise. Energieintensive Industrien wie z.B. die Chemieindustrie oder die Stahlindustrie waren mit höheren Ausgaben konfrontiert. Gleichzeitig benötigte die Industrie ihr Kapital für den Umbau ihrer Produktion auf alternative Energieträger, um von importiertem Gas aus Russland unabhängig zu sein. Damit soll Deutschland nicht von einem einzigen Konkurrenten abhängig sein, gegen den es gerade für einen Krieg rüstet.

Einsparungen in der Chemieindustrie

Die Effekt auf die Chemieindustrie, einer der wichtigsten Branchen Deutschlands, war unübersehbar. Neben dem Ausbleiben von Bestellungen anderer Industriezweige, für die in der Chemieindustrie Vorprodukte und chemische Stoffe hergestellt werden, bremsen die hohen Energiekosten eine mögliche Erholung.

In den Jahren 2022 und 2023 verzeichnete die Chemieproduktion eine Abnahme der Produktion. Trotz der Erholung im ersten Quartal 2024 liegt die Produktion immer noch 15 % unterhalb des Vorkrisenniveaus. Die aktuelle Kapazitätsauslastung der Produktion liegt bei 78,1 % und damit das 10. Quartal infolge unterhalb des langjährigen Durchschnitts.

Chemiemonopole reagierten darauf mit Sparprogrammen: BASF kündigte im Februar einen Stellenabbau von 2500 Stellen an seinem Stammort in Ludwigshafen an. Auch für das Jahr 2024 wurde ein weiterer Stellenabbau angekündigt, während der erste noch nicht umgesetzt war. 1 Milliarde Euro soll jährlich eingespart werden. Die Dividende, die die Aktionäre ausgeschüttet bekommen, bleibt indes gleich hoch: An der Börse wird gefeiert, im Werk wird gefeuert.

Auch bei den Konkurrent:innen Evonik und Covestro wird gespart: Bei Evonik sollen vor allem in der Verwaltung 2000 Stellen, davon 1500 in Deutschland, gestrichen werden. Der Kunststoffhersteller Covestro macht einen Tag nach dem finalen Übernahmeangebot des saudi-arabischen Ölkonzerns Adnoc einen Stellenabbau von nicht bekannter Höhe bekannt. Bis 2032 soll zumindest in Deutschland auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet werden. Stattdessen ist ein schleichender Stellenabbau mit freiwilligen Aufhebungsverträgen oder Arbeitszeitreduzierungen geplant.

Die Chemiegewerkschaft IGBCE tut währenddessen ihren Teil, um den Chemiemonopolen zur Erholung zu verhelfen. Im Juni diesen Jahres kam es zum Abschluss des neuen Tarifvertrages für Chemiarbeiter:innen. Noch vor Ende der Friedenspflicht einigte sich die IGBCE mit der Chemieindustrie auf einen Kompromiss, der trotz eines gut wirkenden Lohnplus von 6,85 % in 2025 die Inflation der letzten Jahre nicht ausgleichen kann. Als Trostpflaster gibt es einen zusätzlichen freien Tag für die Mitglieder der Streikverhinderungs-Gewerkschaft.

Weniger Absatz, weniger Teile

In Deutschlands wichtigster Industrie, der Autoindustrie, streiken dafür die Verkaufszahlen der erfolgswöhnten Automonopole Audi, VW und Mercedes. Mit einem Einbruch im zweiten Quartal von 11,3 % (Audi), 5,2 % (VW) und 4 % bei Mercedes im Vergleich zum Vorjahresquartal bleibt die Situation weiterhin angespannt. Die Überproduktion in der Autoindustrie sorgt für eine dauerhafte Unterauslastung der Werke.

Während stark in den Ausbau der E-Auto-Produktion investiert wird, gehen die Verkaufszahlen dort deutlich zurück. Von den erhofften Zielen bleibt man weit entfernt. Hinzu kommt, dass chinesische Autobauer wie BYD mit ihren günstigeren Modellen nicht nur das Geschäft in China, dem wichtigsten Markt für Autos weltweit, dominieren, sondern auch auf den europäischen Markt drängen. Als Antwort darauf wurden von einigen EU-Ländern Strafzölle für chinesische E-Autos diskutiert. Die deutsche Autoproduktion würde darunter besonders leiden, da für sie China ein wichtiger Markt ist und Reaktionen von chinesischer Seite angekündigt wurden.



Stellenabbau in der Industrie

Der Umstieg auf die E-Autoproduktion in Deutschland führt währenddessen weiter zum Stellenabbau. Die geringere Anzahl an Teilen und Komponenten, die Elektromotoren benötigen, lässt die Belegschaften von Zulieferer-Betrieben für Verbrenner-Motoren bangen. Beim Fordwerk in Köln wurde erst im Juni die Fertigung des ersten E-Auto am Standort vom Deutschlandchef Martin Sander gefeiert. Trotz des massiven Stellenabbaus der letzten Jahre, die der Belegschaft noch in Erinnerung geblieben ist, wurden in einer E-Mail im Juni weitere Stellenstreichungen angekündigt. Die Betriebsvereinbarung von vor anderthalb Jahren, die betriebsbedingte Kündigungen bis 2032 ausschließt, soll nachgeschärft werden, so die Manager. Prompt mobilisierten tausende Kolleg:innen zur Betriebsversammlung. Die angekündigte Stellenstreichung ist mittlerweile auf 2300 beziffert. Alle Abteilungen am Standort, bis auf die Endmontage, sind auf dem Prüfstand.

Von VW zur AfD?

Bei VW im sächsischen Zwickau, der alten Produktionsstätte des Trabant, ist man beim Umstieg auf die E-Auto-Produktion schon einen Schritt weiter: Seit Anfang 2022 laufen nur noch E-Autos vom Band. Neben den ID-Modellen auch die E-Modelle der Töchter Audi und Cupra. Die schwache Nachfrage nach den Modellen veranlasste das Management bereits 2023 dazu, 270 befristete Verträge auslaufen zu lassen. Nun bleiben zum ersten Mal seit der Wende die Bänder im Werk nachts stehen – die Produktion wird auf einen Zweischichtbetrieb gedrosselt. Ende 2025 sollen weitere 1200 befristete Verträge auslaufen und nicht verlängert werden. Ein schwerer Schlag für die Kolleg:innen und ihre Familien. Mit den lokalen Zulieferer-Betrieben für die Produktion in Zwickau sind weitere Existenzen auf dem Spiel. Für die zukünftige Konjunktur und wechselhafte Marktlagen sollen die Belegschaften und Verträge weiter flexibilisiert werden. Ein wichtiges Instrument dabei sind befristete Verträge.

Keine Politiker:innen kämpfen für die von Kündigung bedrohten Arbeiter:innen. Und auch die Gewerkschaft nimmt nur in Ausnahmefällen den Arbeitskampf gegen Betriebsschließungen ernsthaft auf. Oft verhandelt sie eher über bessere Bedingungen von Sozialplänen und erfüllt damit ihre sozialpartnerschaftliche Funktion, dem Management nicht im Wege zu stehen und die Stimmung der Belegschaft aufzufangen. Und wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, den Frust aufzufangen, wartet schon die AfD mit ihrer Hetze und Demagogie, um den Ärger über die Chefs in Wut auf Migrant:innen umzulenken.

Alle Kolleg:innen bleiben!

Ein Beben geht durch viele Industriestandorte und Werke: Kolleg:innen stehen Kündigungen und der soziale Abstieg bevor. Die Reaktionen der Gewerkschaft darauf sind vielerorts verhalten. Davon darf man sich jedoch nicht bremsen lassen. Es wird umso wichtiger, nicht zum Spielball der Kapitalist:innen und ihrer Manager:innen zu werden. Den Sparpro-

grammen auf Kosten der Belegschaft muss gemeinsam eine klar Abfuhr erteilt werden.

Dabei darf man sich nicht von den Spaltungsmechanismen der Kapitalist:innen vereinzeln lassen: Stammbelegschaften bleiben, Befristete sollen unbefristet Verträge kriegen und Leiharbeiter:innen unbefristet übernommen werden! Auch zwischen den Belegschaften verschiedener Standorte muss Solidarität hergestellt und in Aktionen umgesetzt werden.

Die Aktion muss auch dem Absinken der Reallöhne gelten: Von getrübbten Zahlen in den Geschäftsberichten darf man sich nicht täuschen lassen: Den Kapitalist:innen geht es nach wie vor gut und viel Geld wird an Aktionär:innen ausgeschüttet. Etwas Märchen, die in der kommenden Metallrunde die Belegschaften demobilisieren sollen, müssen entlarvt werden. Maximal 7 % nach halbgaren Warnstreiks sind nicht genug – es braucht Organisation, Kampf, und Lohnerhöhungen!

Reportage: Zum Schichtwechsel bei ZF in Nürnberg

Die Mittagssonne brennt auf die Straße vor dem ZF-Werk 1 in Nürnberg. Durch die kaputte Drehtür kommen Arbeiter:innen von oder zur Schicht. Die Chipkarte funktioniert nicht, Flüche, Klingeln, dann geht die Tür auf.

Die Hitze ist unerträglich, auch im Werk, sagt ein Kollege. Seit sechs Jahren arbeitet er im Werk. Einige Maschinen sollen still stehen, weil Leute fehlen. Auch wegen der Hitze. „Es gibt keine Klimaanlage. Es ist absolut unmenschlich.“

In den beiden ZF-Werken in der Nürnberger Südstadt werden Teile für Autogetriebe hergestellt. Bei den Metallgussverfahren entstehen Hitze, Dampf und Feinstaub, die die Gesundheit der Arbeiter:innen belasten.

Geheimniskrämerei um Stellenabbau

Im Vordergrund steht aktuell ein anderes Thema. ZF ist einer der größten Zulieferer-Betriebe für die Autoindustrie und von den aktuellen Umstrukturierungen ebenfalls betroffen. 12.000 der 50.000 Arbeitsplätze in Deutschland sollen abgebaut werden, 10.000 davon bis 2028.

Was das für die Kolleg:innen in den Werken bedeutet, wird von der Geschäftsleitung noch zurückgehalten. So gab es im Werk in Nürnberg bei einer Betriebsversammlung die Ankündigung, dass auch hier am Standort Stellen abgebaut werden. Über genaue Zahlen ist den Kolleg:innen nichts bekannt. „Daraus wird ein

Geheimnis gemacht“, so ein Kollege, der über eine Leiharbeitsfirma seit einem Jahr im Werk beschäftigt ist. Trotz der Geheimniskrämerei sickern Informationen durch und es werden Vermutungen angestellt, die ein Bild ergeben.

Geliehen, befristet, gekündigt?

„Letztes Jahr wurden knapp 300 Leiharbeiter übernommen mit Festvertrag. Wirkliche Leiharbeiter gibt es nur noch 60 im Betrieb. (...) Die haben nur Einjahresverträge bis zum 31. Dezember. Was dann ist, weiß keiner“, sagt der gleiche Kollege. Von Protestaktionen gegen den Stellenabbau weiß er nichts: „Sowas erfahren wir immer erst eine Woche vorher.“

Ich habe da eh wenig Hoffnung in die oben, dass die was machen.“

„Sie wollen die Befristeten rauschmeißen“, antwortet ein weiterer Kollege im Gespräch, ohne zu zögern. Er ist seit drei Jahren im Werk beschäftigt und wäre selber davon betroffen. Die erste Welle des Stellenabbaus sei aufgeteilt für Ende diesen und Mitte nächsten Jahres geplant, so ein Kollege, der seit drei Jahren im Werk arbeitet. Das würde der gängigen Taktik entsprechen: Erst die Leiharbeiter:innen, befristete Verträge nicht verlängern und in jedem Fall aufteilen, damit sich weniger Kolleg:innen solidarisieren in der Hoffnung nicht die Nächsten zu sein.



Von Studierendenprotesten in Bangladesch bis zu Generalstreiks in Nigeria: Hoffnungsvolle internationale Proteste

Während es weltweit zu Krisen, Kriegen und politischen Angriffen kommt, gibt es ebenso Proteste dagegen. Gerade in Afrika und Asien erheben sich junge Leute, die uns zeigen: Der Kampf gegen die Unterdrückung lohnt sich und ist gerechtfertigt. - Ein Kommentar von Marc Bremer.

„Die Ereignisse überschlagen sich“, „Die Verhältnisse spitzen sich zu“. So oder so ähnliche Aussagen hören wir zurzeit immer öfter. Ob in der Tageschau, auf Social Media und auch in der Schule und auf der Arbeit. Dabei geht es oft um sehr viele verschiedene Ereignisse: Sei es hier in Deutschland der Aufstieg der Faschist:innen in Gestalt der AfD oder die steigenden Mieten und Lebensmittelpreise. Oder auch international: der Genozid in Gaza, Krieg in der Ukraine, Hungersnot im Sudan. Diese Liste ließe sich noch länger weiterführen. Auffällig ist dabei, dass all diese Nachrichten kein gutes Bild auf die Zukunft werfen. Im Gegenteil, es wirkt eher so, als würde sich die weltweite Situation stetig verschlimmern und wir stehen dem machtlos entgegen.

Und schaut man sich die Situation zum Beispiel im Sudan an, dann ist es auch zunächst verständlich, wenn Menschen in Weltschmerz und Hoffnungslosigkeit verfallen. Es ergibt keinen Sinn diese negativen Entwicklungen zu leugnen. Trotzdem sind wir nicht ganz so machtlos, wie wir uns oft fühlen. Aktuell sind es verschiedene internationale Proteste, die uns diesen Fakt besonders aufzeigen.

Studierendenproteste in Bangladesch

Als vielleicht bekanntestes Beispiel von hoffnungsvollem Protest dieses Jahr wollen wir einen Blick nach Bangladesch werfen. Dort fingen im Juni Studierende an, gegen ein neues Gesetz, welches die öffentlichen Jobs durch starke Quoten regeln wollte, zu protestieren. Profitiert hätten von den Quoten vor allem die eingesessene Elite der Familien der Unab-

hängigkeitskämpfer:innen, die schon viele Privilegien genießen. Im Laufe der Proteste stellte sich heraus, dass es um viel mehr ging als die Quotenregel: Korruption der Herrschenden, steigende Preise und soziale Ungleichheit, verschärfte Repressionen und autoritäre Maßnahmen der Regierung. All das wurde immer mehr zum Anlass und Ziel der Proteste. So wundert es auch nicht, dass die Proteste weitergingen, ja sogar an Fahrt aufnahmen, als das umstrittene Gesetz schon gestrichen war. Trotz der zahlreichen Repressionen und des brutalen Einsatzes durch Militär und Polizei (über 300 Tote!) ließen sich die vorrangig jungen Menschen nicht zurückdrängen. Der Druck wurde so groß, dass die Premierministerin Hasina ihren Posten aufgeben und mit einem Helikopter fliehen musste. Die Flucht der Premierministerin, die mit brutalem Vorgehen und Unterdrückung der Opposition ihre Regierungszeit füllte, wurde von vielen, gerade jungen Menschen auf den Straßen als großer Sieg gefeiert. Und ist es auch beeindruckend, wie und was sich eine spontane Bewegung ohne Führung erkämpfen konnte. Und es scheint noch nicht vorbei: Nach dem Einsetzen des Nobelpreisträgers Dr. Muhammad Yunus sind die Protestierenden gespalten. Während sich einige daran versuchen, die Ordnung wieder herzustellen, gibt es weiterhin Proteste und die Forderung nach der Umgestaltung des ganzen korrupten Regierungsapparates und die Hoffnung auf ein freies gerechtes Bangladesch.

Massenproteste in Kenia

Auch in Kenia sind seit dem Juni große Proteste ausgebrochen und auch

hier sehen wir ähnliche Muster. So entfachte sich das Feuer der Proteste zwar an einer Steuererhöhung, die die Regierung durchsetzen wollte, doch hat es sich nun ausgeweitet und richtet sich immer mehr gegen die Regierung selbst. Die arbeitende Bevölkerung Kenias protestiert vor allem gegen die Korruption, soziale Ungleichheit, aber auch das politische System im Ganzen. Neben der Regierung geraten auch immer mehr die internationalen imperialistischen Konzerne und Finanzinstrumente (IWF) in den Blick der kämpferischen Proteste. Ähnlich wie in Bangladesch versucht auch hier die Regierung die Protestierende durch brutale Repressionen oder durch das Zurückziehen der Steuergesetze klein zu halten. Doch zeigt sich genauso hier, dass sich die Menschen weder von Zuckerbrot noch Peitsche abbringen lassen, für ihre Zukunft zu kämpfen.

Generalstreiks in Nigeria

Auf der westlichen Seite des afrikanischen Kontinentes sehen wir ebenso ein ganz ähnliches Bild: Armut in der Breite der Bevölkerung und Hass auf die da oben, die sich durch Korruption bereichern. Auslöser der Proteste waren die rapiden Preisanhebungen von Lebensmitteln, Treibstoff und Strom in Folge von Subventionskürzungen. Von der Wirtschaftspolitik profitieren dabei nur die großen internationalen Konzerne, die sehr billig in die vielen Rohstoffe des Landes investieren können. Mittendrin dabei die USA, als größter ausländischer Investor und führender Kopf hinter dem Internationalen Währungsfonds (IWF). Was bleibt also den Menschen in Nigeria? Nichts, außer Protest und Widerstand gegen die Eliten der Ban-

ken und Konzerne. Es kam wiederholt zum Generalstreik, der das ganze Land stilllegte und mächtig Druck auf die Kapitalist:innen ausübte, denn wie wir hier sehen, sind es wir Arbeiter:innen, die die Betriebe und das Land am Laufen halten, die letztendlich für die Produktion und die Profite der Reichen sorgen und die auch die Macht haben, diese zu stoppen. Auch auf die Straßen Nigerias wurden die Proteste getragen. Und auch hier können wir die Taktik der Herrschenden wunderbar erkennen: Ignorieren lassen sich solche kraftvollen, kämpferischen Proteste nicht, also wird an einigen Stellen eingelenkt und an anderen Stellen Repression ausgepackt.

Nachdem wir uns die Beispiele der internationalen Proteste angeschaut haben, bleibt die Frage: Was können wir damit anfangen?

Erst einmal zeigen uns die Beispiele kämpferische und mutige Versuche, für die eigenen Interessen einzustehen. Sie zeigen oft junge Menschen in Afrika und Asien, die die Auswüchse und Folgen des kapitalistischen Systems mit am stärksten zu spüren bekommen und sich diesen widersetzen. Ebenso zeigen uns die Proteste, was wir erreichen können, wenn wir gemeinsam für unsere Interessen kämpfen. Wir können erkennen, dass ein gemeinsamer kämpferischer Protest nicht ignoriert werden kann. Wenn wir konsequent für unsere Interessen eintreten, wird den Herrschenden gar nichts anderes übrigbleiben, als feige alles aufzugeben und mit dem Helikopter zu fliehen.





Vom letzten zum nächsten Weltkrieg

Wikswat (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Eisenach_Gr%C3%A4ber_2._Weltkrieg.JPG), „Eisenach Gräber 2. Weltkrieg“, <https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/legalcode>

Am 1. September 1939, vor 85 Jahren, begann der Zweite Weltkrieg mit einem Angriff vom faschistischen Deutschland auf Polen. Warum es im Kapitalismus immer wieder zu Kriegen kommt und warum auch wir uns heute auf einen neuen Weltkrieg zubewegen. - Ein Kommentar von Nadia Schuhmann.

1933: Hitler vollzieht seinen Machtantritt, vorbereitet durch bedeutende Kapitalist:innen. Deutschland konnte nach seiner Niederlage im Ersten Weltkrieg in der Konkurrenz mit anderen Staaten kaum mithalten. Daher unterstützte das Kapital die Errichtung einer faschistischen Diktatur, die kompromisslos versuchen würde, Deutschland wieder zur wirtschaftlich und militärisch bedeutsamen Weltmacht zu machen. Der Zweite Weltkrieg zeigte dann, was passieren kann, wenn sich kapitalistische Staaten radikalieren. Die aggressive Angriffspolitik nach außen und extreme Vernichtungspolitik nach innen, die viele Millionen Opfer forderten und der erst durch den Sieg der Alliierten über Deutschland ein Ende gesetzt werden konnte, sollte eine Mahnung sein, es nie wieder dazu kommen zu lassen. Faktisch brechen heute überall auf der Welt wieder mehr Kriege aus und wir bewegen uns auf einen neuen Weltkrieg zu. Warum?

Warum entstehen immer wieder neue (Welt-)kriege

Im Kapitalismus stehen die Länder in Konkurrenz zueinander. Sie versuchen global größeren Einfluss zu erlangen, indem sich die ihnen zugehörigen Unternehmen über ihre eigenen Grenzen hinaus ausbreiten und immer neue Märkte erschließen und immer höhere Gewinne erzielen. Die Welt ist heute vollständig unter Monopolen, den führenden Unternehmen, in Einflusszonen aufgeteilt. Um neue zu gewinnen, muss daher Krieg geführt werden. Krieg ist also die Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln, nämlich militärischen. Seit Bestehen des Kapitalismus treten immer wieder Wirtschaftskrisen auf, die sich seit dem 20. Jahrhundert verschärfen. Dabei handelt es sich um Überproduktionskri-

sen. Zu denen kommt es, wenn zu viel Ware produziert und nicht alles verkauft werden kann. Infolge dessen kommt es zu Warenüberschüssen, die Produktion wird verlangsamt oder eingestellt, wodurch Arbeiter:innen arbeitslos werden, weswegen ihre Kaufkraft weiter sinkt. Die Krisen, besonders Weltwirtschaftskrisen, begünstigen imperialistische Kriege. Denn Kriege bedeuten Zerstörung von Waren, Infrastruktur, Fabriken, usw. aber eben auch Menschen, die diese herstellen und bedienen. Dadurch wird die Überproduktion „gelöst“, da es durch die Zerstörung wieder ein Bedürfnis nach neuen Waren gibt. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach militärischen Gütern, also nach Munition, Waffen, Fahrzeugen etc. Diese Nachfrage entsteht schon vorher und bleibt während der Kriege bestehen, die verlangsamte Produktion wird durch die Umstellung auf Kriegsindustrie wieder angekurbelt. An Krieg verdienen die Konzernchefs mehrfach. Zum einen durch den Verkauf von Waffen, Munition usw. und zum anderen durch die Beteiligung am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, da dort Märkte für verschiedenste Waren geschaffen werden und sich die Unternehmen neue Einflussphären sichern. Dieser Ablauf wiederholt sich immer wieder und kann innerhalb des Kapitalismus nicht gelöst werden. Das heißt, dass es notwendigerweise immer zu neuen Kriegen kommt. Und wenn sich die Fronten zwischen Mächten verhärten und es zu militärischen Konflikten zwischen ihnen kommt, entsteht ein neuer Weltkrieg.

Woran man sieht, dass wir uns auf einen neuen Krieg zubewegen

Global zeigt sich schon seit längerer Zeit, dass die Konfliktherde wieder

heißer werden. Und in den letzten zwei Jahren ist deutlich geworden, dass die Kriegsvorbereitungen wieder anlaufen. Mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine wurde der Konflikt zwischen Russland und der NATO verschärft. Länder in der Sahelzone nähern sich Russland an. Ebenfalls eine neue Eskalationsstufe hat Israels genozidaler Krieg in Gaza erreicht, der droht sich auf umliegende Staaten auszubreiten. Auch das Verhältnis zwischen China und den USA spitzt sich zu. Die Kontrolle über Taiwan wäre für China entscheidend, um in den Pazifik zu expandieren. Solange Taiwan aber von den USA unterstützt wird, bedeutet das für China einen gegnerischen Vorposten vor der eigenen Küste zu haben.

Kriegsvorbereitungen in Deutschland

Auch in Deutschland sind die Kriegsvorbereitungen im Gange. 2022 wurde erstmals das 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr bewilligt und jetzt wird über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht diskutiert. Viele Politiker:innen sind sich einig, dass die Wehrpflicht wiederkommen soll und diskutieren, wie das umgesetzt wird. Erste Schritte wurden beschlossen in Form von Fragebögen, die an junge Männer geschickt werden, die diese dann ausfüllen müssen. Ausgewählte Personen müssen sich dann einer Musterung unterziehen. Dieser Schritt ist nur einer der ersten, schließlich sind sich alle führenden Parteien einig, dass Deutschland kriegstauglich werden muss. Deutschlands Rüstungsindustrie produziert nicht nur Waffen, Munition und Kriegsfahrzeuge für den eigenen Gebrauch, sondern auch für verbündete Staaten. An die Ukraine wird immer wieder Nachschub geschickt und auch an Israel gehen be-

trächtliche Mengen Rüstungsgüter. In der NATO ist Deutschland hinter den USA eine der führenden Mächte und wird versuchen, sich im kommenden Krieg als imperialistische Macht zu behaupten und ein Stück vom Kuchen abzubekommen.

Widerstand gegen die Kriegspläne

Die Frage danach, ob wir uns auf einen nächsten Weltkrieg zubewegen, ist bereits beantwortet. Heute stellt sich die Frage nach dem Wann. Gerade scheuen sich einige Länder noch davor, wieder in militärische Auseinandersetzungen gegeneinander zu treten, weil die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen sind. Aber die Staatschefs und Monopolherren dieser Welt wissen, dass es dazu kommen wird. Die Politiker:innen rechtfertigen das Aufrüsten oft damit, dass dieses nur der Verteidigung gegen andere Staaten diene. Tatsächlich geht es um die Interessen der eigenen Monopole im Konkurrenzkampf, der eben nicht nur wirtschaftlich, sondern auch zwangsweise immer wieder militärisch ausgetragen wird. Schon damals vor und während des Zweiten Weltkrieges haben sich Menschen gegen Militarisierung und Krieg zur Wehr gesetzt. Verschiedene fortschrittliche Kräfte bis hin zu Revolutionär:innen und Kommunist:innen, die unter schwersten Bedingungen im faschistischen Deutschland gekämpft haben und trotz einer Übermacht des Feindes nie aufgaben. Trotz der anderen Situation heute stehen auch wir vor der Aufgabe, nicht einfach zuzusehen, sondern Widerstand zu leisten gegen Kriegspläne und selbst dafür zu sorgen, dass sich Ereignisse wie im Zweiten Weltkrieg nicht mehr wiederholen.

Neuer Wehrdienst — was bedeutet das?

Im Zuge der Rückkehr zur imperialistischen Kriegspolitik will das Verteidigungsministerium einen „Neuen Wehrdienst“ einführen. Was ist geplant, wie sieht die Rechtslage bisher aus — und welche Antworten gibt es auf diese Pläne? - Ein Kommentar von Thomas Stark.

Ole Nymoen will bei der Zeitenwende nicht mitmachen: „Ich, für Deutschland kämpfen? Never!“ betitelt der Podcaster („Wohlstand für alle!“) seinen Meinungsbeitrag in der „Zeit“: „Wer als Soldat auf die Schlachtfelder zieht, der erkämpft dort nicht seine Sicherheit — diese ist de facto in jedem Moment existentiell bedroht, in dem es Granaten und Kugeln hagelt. Stattdessen wird gekämpft für das, was die eigene Herrschaft als ihre Sicherheit definiert“ stellt er zutreffend fest, und viele Jugendliche dürften es ähnlich sehen. In vielen Umfragen sind gerade die 18- bis 29-Jährigen mehrheitlich gegen die Wehrpflicht — im Unterschied übrigens zur Gesamtbevölkerung.

Dieser Stimmungslage will das Verteidigungsministerium bei seinen aktuellen Plänen offenbar Rechnung tragen: „Keine Wehrpflicht, aber einen neuen Wehrdienst“ nennt die Behörde von Boris Pistorius (SPD) das Modell, das in diesem Jahr ge-

setzlich verankert werden soll. Dabei soll Männern und Frauen „im wehrdienstfähigen Alter“ ein Fragebogen zugeschickt werden, den Männer verpflichtend und Frauen freiwillig beantworten sollen. Abgefragt werden sollen dabei unter anderem „die körperliche Fitness und Motivation“. Ein Teil der Befragten werde anschließend zur Musterung aufgefordert.

Die Bundeswehr solle jährlich prüfen, wie viele Rekrut:innen sie ausbilden kann. Zunächst ist von ca. 5.000 Soldat:innen die Rede. Wehrpflichtige sollen sich zwischen einem sechsmonatigen Grundwehrdienst und einem bis zu 23-monatigen Wehrdienst entscheiden können.

Tatsächlich ist die Wehrpflicht in Deutschland niemals abgeschafft worden. Im Wehrpflichtgesetz wurde 2011 lediglich ergänzt, dass es nur im „Spannungs- und Verteidigungsfall“ gelte. Heißt: Rein rechtlich könnten im Kriegsfall schon heute alle wehrpflichtigen Personen unter 60 Jahren

eingezogen werden. Das Thema betrifft also nicht nur Jugendliche, sondern theoretisch die gesamte männliche Bevölkerung — es sei denn, man ist älter als 59, vom Wehrdienst befreit, hat den Kriegsdienst verweigert oder wurde ausgemustert.

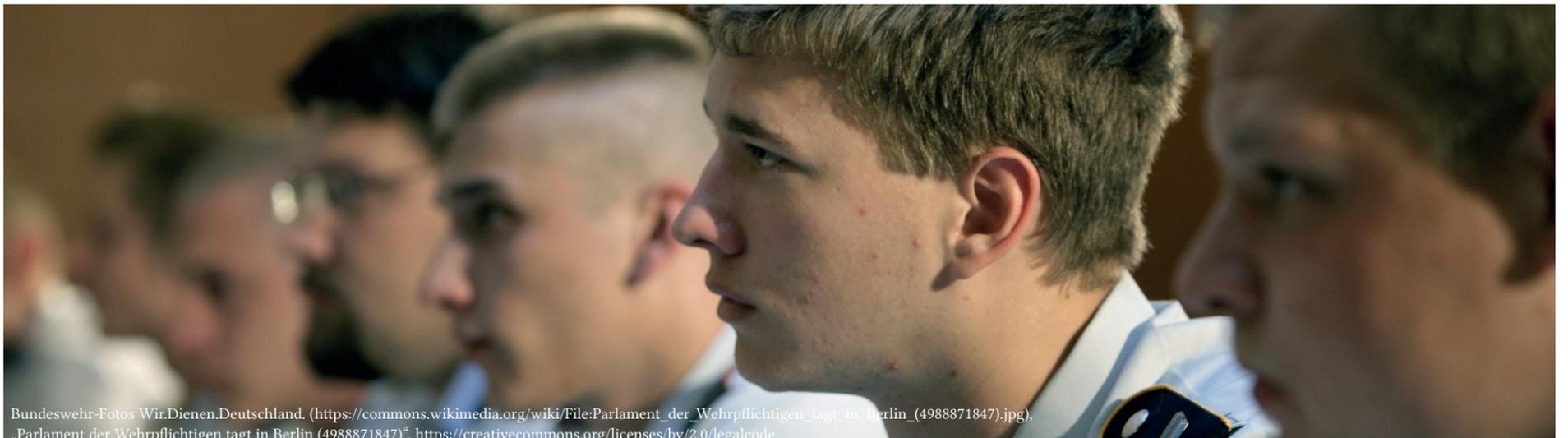
Wer mindestens einen Tag in der Bundeswehr gedient hat, zählt zudem zur Reserve und kann prinzipiell eingesetzt werden: „Das Engagement ist in Friedenszeiten freiwillig“, wie der Reservistenverband es ausdrückt.

Wie genau das Verteidigungsministerium das Wehrpflichtgesetz ändern will, ist noch nicht bekannt. Im Moment scheint es ohnehin vor allem darum zu gehen, wieder Kapazitäten für die Ausbildung von Rekrut:innen in der Armee aufzubauen. Für einen größeren Krieg in Europa werden sich aber zukünftig viele Fragen stellen: Wie lange wird der deutsche Staat in einem Krieg das heute hervorgehobene Prinzip der „Freiwilligkeit“ durchhalten? Wird es Pläne geben, das im

Grundgesetz festgeschriebene Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Frage zu stellen?

Für revolutionäre und fortschrittlich gesinnte Menschen stellt sich dagegen die Frage, wie auf die Kriegspläne politisch geantwortet werden soll. Dass Ole Nymoen nicht für Deutschland kämpfen will, ehrt ihn sicherlich. Die Frage ist nur, ob er und andere junge Menschen diese Haltung auch durchsetzen können, wenn es mal ernst wird — vor allem wenn sie sich nur individuell weigern.

In der Vergangenheit haben viele revolutionäre Organisationen vielmehr auch darauf gesetzt, ihre Mitglieder zum Wehrdienst zu schicken, damit sie dort wichtiges Handwerk erlernen und andere Truppenteile organisieren. Vielleicht sollte die Debatte gerade um diese wichtige Frage erweitert werden.



Bundeswehr-Fotos Wir.Dienen.Deutschland. (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Parlament_der_Wehrpflichtigen_tagt_in_Berlin_(4988871847).jpg).
„Parlament der Wehrpflichtigen tagt in Berlin (4988871847)“, https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/legalcode

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>

-  fb.com/PerspektiveOn
-  x.com/perspektiveon
-  instagr.am/perspektiveonline
-  t.me/perspektiveon
-  mastodon.social/@perspektiveon

V.i.S.d.P.:

Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp**:
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LIK2N>

Kanalname bei **Telegram**:
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
<https://t.me/perspektiveon>

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>